



# BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

## → TOP-ISSUES

### DER BLICK IN DIE GLASKUGEL: DIE LAUFENDEN GESETZGEBUNGSVERFAHREN, IHRE AUSSICHT AUF ERFOLG SOWIE DIE ROLLE DES VERMITTLUNGSAUSSCHUSSES →

Die derzeitige steuerpolitische Situation ist verworren. Der Bundesrat hat am 23.11.2012 das Jahressteuergesetz 2013 (JStG 2013), das Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts (im Folgenden „Unternehmensteuervereinfachungsgesetz“) sowie das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz abgelehnt. Das kam nicht überraschend, nachdem zahlreiche Änderungsvorschläge des Bundesrates zum JStG 2013 nicht aufgegriffen wurden, das Steuerabkommen ohnehin von Anfang an von den SPD-geführten Ländern abgelehnt wurde und sich auch beim Unternehmensteuervereinfachungsgesetz Differenzen abzeichneten.

Zuvor hatte der Finanzausschuss dem Bundesrat für das JStG 2013 sowie das Unternehmensteuervereinfachungsgesetz die Einberufung des Vermittlungsausschusses empfohlen. Die Beschlussempfehlungen zum JStG 2013 umfassten 19 Empfehlungen (u. a. hybride Finanzierungen, Versagung der Steuerbefreiung für Cash-GmbHs, Besteuerung von Streubesitzdividenden, Vermeidung von RETT-Blocker-Strukturen, Streichung der Verkürzung der Aufbewahrungsfristen), die zum Unternehmensteuervereinfachungsgesetz nur zwei. Jedoch gab es für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses keine Mehrheit.

Im Vermittlungsausschuss sind derzeit fünf Gesetzgebungsverfahren anhängig, wobei sich seit Monaten mit dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression und dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden zwei zustimmungsbedürftige Steuergesetze im Vermittlungsausschuss befinden. Zuletzt kam der Vermittlungsausschuss am 21.11.2012 zusammen, konnte jedoch keine Einigung erzielen.

Zudem wurde erst kürzlich das Verfahren zum Gesetzentwurf zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 zu Dividendenzahlungen an bestimmte gebietsfremde EU/EWR-Körperschaften (EuGH Div-UmsG) eingeleitet. Die Koalitionsfraktionen hatten den Entwurf mit Blick auf eine Verfahrensverkürzung in das Verfahren eingebracht. (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 3**.

## EDITORIAL

Liebe Leser,

am vergangenen Mittwoch hat das Kabinett den Vermittlungsausschuss zum Jahressteuergesetz 2013, zum Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts sowie zum Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz angerufen, nachdem der Bundesrat die Gesetze/das Abkommen abgelehnt und den Vermittlungsausschuss nicht eingeschaltet hatte. Am 12.12.2012 wird der Vermittlungsausschuss zum letzten Mal in diesem Jahr tagen, und es wird sich entscheiden, welches Gesetz/Abkommen bis zum Jahresende ganz oder teilweise in Kraft treten wird. In dieser Ausgabe wird die derzeitige steuerpolitische Lage mit Blick auf die Rolle des Vermittlungsausschusses zusammengefasst und versucht, einige mögliche Entwicklungsoptionen aufzuzeigen.

Des Weiteren werden die wesentlichen Aspekte der kürzlich veröffentlichten BFH-Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der Gewerbesteuerhinzurechnungen sowie die Einzelheiten zum am 23.11.2012 vom Bundesrat beschlossenen Gesetz zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung dargestellt.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.  
Managing Director FinTax policy advice

## PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf **SEITE 3**.



## → TOP-ISSUES (Fortsetzung)

### BFH: GEWERBESTEUERHINZURECHNUNGEN SIND VERFASSUNGSGEMÄSS →

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Beschluss vom 16.10.2012 (Aktenzeichen: I B 128/12), in einem Verfahren vorläufigen Rechtsschutzes, entschieden, dass er aufgrund „summarischer Prüfung“ keine ernstlichen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Hinzurechnungsvorschriften gem. § 8 Nr. 1 lit. a, d, e GewStG 2002 n. F., in der seit dem Jahr 2008 geltenden Fassung habe (GewStG 2002, Unternehmensteuerreformgesetz vom 14.08.2007, Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 22. 12.2009 ).

Er hält den Vorlagebeschluss des Finanzgerichts (FG) Hamburg an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Durchführung einer Normenkontrolle vom 29.02.2012 (FG Hamburg, Vorlagebeschluss v. 29.02.2012, 1 K 138/10) für offenkundig unbegründet (Aktenzeichen: BVerfG 1 BvL 8/12). (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 5**.

### ERHÖHUNG DER MINIJOB-GRENZE UM 50 EURO →

Der Bundesrat hat dem Gesetzentwurf der CDU/CSU und FDP zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung (im Folgenden Minijob-Gesetz) in seiner 903. Sitzung am 23.11.2012 zugestimmt. Das Gesetz kann nun durch die Zustimmung des Bundesrates zum 01.01.2013 in Kraft treten. Der Empfehlung der Ausschüsse, den Vermittlungsausschuss anzurufen, wurde nicht nachgegangen.

Das Gesetz beinhaltet folgende Änderungen:

- Anhebung der Arbeitsentgeltgrenze bei geringfügiger Beschäftigung von 400 Euro auf 450 Euro
- Die Gleitzone der Minijobs verschiebt sich somit auf 450,1 bis 850 Euro
- Einführung einer generellen Rentenversicherungspflicht mit Befreiungsoption für Minijobber (Opt-out) (...)

→ **FORTSETZUNG:** Den vollständigen Artikel mit weiteren Positionen, Hintergrundinformationen sowie Quellen erhalten Sie als Abonnent auf **SEITE 7**.

### DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren, über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis. [www.fintax-pa.de](http://www.fintax-pa.de)

## CONTENT

### → TOP-ISSUES SEITE 1

Der Blick in die Glaskugel: Die laufenden Gesetzgebungsverfahren, ihre Aussicht auf Erfolg sowie die Rolle des Vermittlungsausschusses

BFH: Gewerbesteuerhinzurechnungen sind verfassungsgemäß

Erhöhung der Minijob-Grenze um 50 Euro

### → OUTGOING (26.11.–03.12.12) SEITE 9

Aktuelle Stunde zu den Vermögensteuerplänen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

...sowie weitere Ergebnisse

### → STATUS (03.12.12) SEITE 10

Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Steuerrechts 2013 (StVereinfG 2013)

Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 in der Rechtssache C-284/09

Gesetz zur Verbesserung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge

VERABSCHIEDET: Verordnung zum Erlass und zur Änderung steuerlicher Verordnungen

Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts

VERABSCHIEDET: Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und des Stromsteuergesetzes sowie zur Änderung des Luftverkehrsteuergesetzes

VERABSCHIEDET: Gesetz zu dem Abkommen zwischen der BRD und dem Königreich der Niederlande zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Jahressteuergesetz 2013

VERABSCHIEDET: Gesetz zur Änderung des Versicherungsteuergesetzes und des Kraftfahrzeugsteuergesetzes

... sowie weitere Gesetze

### → UPCOMING (03.12.-10.12.12) SEITE 24

BUNDESTAG: Keine Sitzung, Nächste Sitzungswoche: 10. - 14.12.2012 u. a.

BUNDESRAT: Keine Sitzung, Nächste Sitzung 14.12.2012 u. a.

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS: Gesetz zum Abbau der kalten Progression u. a.



## → BESTELLFAX AN 030. 20 45 41 -21

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BERLINERINFORMATIONSDIENST.DE

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für vier Wochen zur Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern.

Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bei individuellen Wünschen bspw. hinsichtlich der Erstellung in einer anderen Sprache, für ein anderes Politikfeld, mit individuellem Fokus, als Printausgabe, etc. erstellen wir Ihnen gerne ein individuelles Angebot.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR ENERGIEPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR GESUNDHEITSPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR NETZPOLITIK](#)
- [BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK](#)

---

Unternehmen/Institution

---

Ansprechpartner

---

Funktion

---

Telefonnummer

---

Email-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

## PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zum Beginn der Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphere. Weitere Informationen finden Sie unter:

[www.berlinerinformationsdienst.de](http://www.berlinerinformationsdienst.de)

## REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Herausgeberin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser, [sbj@polisphere.eu](mailto:sbj@polisphere.eu), 030.20 45 41 -22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:  
Lillemor Ullrich, [lu@polisphere.eu](mailto:lu@polisphere.eu), -26

für Gesundheitspolitik:  
Roberta Wendt, [rw@polisphere.eu](mailto:rw@polisphere.eu), -27

für Netzpolitik:  
Aylin Ünal, [au@polisphere.eu](mailto:au@polisphere.eu), -20

für Steuerpolitik:  
Dr. Tanja Wiebe, [tw@polisphere.eu](mailto:tw@polisphere.eu), -20

## IMPRINT

Herausgeber: **polisphere e.V.**  
Friedrichstr. 60, D-10117 Berlin  
0049. 30. 20 45 41 -20 (Tel.) -21 (Fax)

[berlin@polisphere.eu](mailto:berlin@polisphere.eu)  
[www.polisphere.eu](http://www.polisphere.eu)